

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

27. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 1. Oktober 1974	Nummer 92
---------------------	--	------------------

Die Auslieferung des Ministerialblattes Nr. 85 verzögert sich um einige Tage. Es wird gebeten, von Nachfragen abzusehen.

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
203010	19. 8. 1974	VwVO d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Bergverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen	1340
203010	19. 8. 1974	VwVO d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des mittleren nichttechnischen Dienstes in der Bergverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen	1341
20320 20323	13. 8. 1974	RdErl. d. Finanzministers Durchführung des Dritten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes.	1342
203207	28. 8. 1974	RdErl. d. Innenministers Verpflegungszuschuß nach § 8 Abs. 2 der Trennungsentschädigungsverordnung – Regelung bei der Polizei –	1343
21261	3. 9. 1974	RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Internationale Impfbescheinigungen über Gelbfieber-, Pocken- und Choleraschutzimpfungen	1343
2135	3. 9. 1974	RdErl. d. Innenministers Feuerwehrdienstvorschrift 7 (FwDV7) „Atemschutz“	1343
2160	30. 8. 1974	Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe – Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband –	1343
611160	12. 8. 1974	Gem. RdErl. d. Finanzministers, d. Innenministers u. d. Kultusministers Grundsteuerbefreiung des Grundbesitzes der Privatschulen nach § 4 Nr. 5 GrStG.	1344
764	29. 8. 1974	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Studienreisen der Mitglieder von Sparkassenorganen.	1345

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
	Ministerpräsident Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.	1346
	Innenminister 4. 9. 1974 Bek. – Ungültigkeit eines Dienstausweises	1345
	Justizminister 5. 9. 1974 Bek. – Ungültigkeitserklärung von zwei Dienststempeln des Amtsgerichts Wipperfürth	1351
	Hinweis Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 17 v. 1. 9. 1974	1352

203010

I.

**Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen
Dienstes in der Bergverwaltung
des Landes Nordrhein-Westfalen**

VwVO. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und
Verkehr v. 19. 8. 1974 - III/A 1 - 06 - 11 - 40/74

Aufgrund des § 15 Abs. 2 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1970 (GV. NW. S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. April 1973 (GV. NW. S. 196), - SGV. NW. 2030 - wird folgende Verwaltungsverordnung erlassen:

Artikel I

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Bergverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18. Januar 1962 (SMBL. NW. 203010) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 wird in Buchstabe d die Zahl „30“ durch die Zahl „32“ ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - 2.1 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
 - (1) Gesuche um Einstellung in den Vorbereitungsdienst oder um Annahme als Verwaltungspraktikant sind an das Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen in Dortmund zu richten.
 - 2.2 In Absatz 2 Buchstabe e werden nach dem Wort „Staatsanwaltschaft“ die Worte „wegen eines Vergehens oder Verbrechens“ eingefügt.
3. § 3 wird wie folgt geändert:
 - 3.1 Absatz 1 erhält folgende Fassung:
 - (1) Über die Einstellung entscheidet das Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen.
 - 3.2 Absatz 3 erhält folgende Fassung:
 - (3) Vor der Einstellung sind von den Bewerbern eine Geburtsurkunde oder ein Geburtsschein und ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis beizubringen und ein Führungszeugnis zur Vorlage bei Behörden bei der zuständigen Meldebehörde zu beantragen.
4. § 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
 - (1) Ausbildungsbehörde ist das Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen.
5. In § 7 Abs. 1 wird das Wort „Bergverwaltungsinspektor-anwärter(in)“ durch das Wort „Regierungsinspektor-anwärter(in)“ ersetzt.
6. In § 10 wird in Absatz 2 als Satz 3 angefügt:
An jedem Ausbildungsplatz ist der Anwärter von einem erfahrenen und durch den Ausbildungsleiter bestimmten Ausbilder anzuleiten.
7. In § 11 wird folgender Absatz 4 angefügt:
(4) Im dritten Ausbildungsjahr ist der Anwärter jeweils im letzten Drittel des jeweiligen Ausbildungsabschnittes wie ein Sachbearbeiter zu beschäftigen. In dieser Zeit soll er auch regelmäßig zu Besprechungen und zum Vortrag beim Dezernenten zugezogen werden.
8. In § 18 Abs. 1 wird das Wort „Bergverwaltungsinspektor-anwärter“ durch das Wort „Anwärter“ ersetzt.
9. In § 20 Abs. 1 und Abs. 2 werden die Worte „Bergverwaltungspraktikant“ durch die Worte „Verwaltungspraktikant“ ersetzt.
10. In § 21 wird das Wort „Bergverwaltungspraktikant“ durch das Wort „Verwaltungspraktikant“ ersetzt.
11. § 22 wird wie folgt geändert:
 - 11.1 In Satz 1 wird das Wort „Bergverwaltungspraktikant“ durch das Wort „Verwaltungspraktikant“ ersetzt.
 - 11.2 In Satz 2 wird das Wort „Bergverwaltungspraktikanten“ durch das Wort „Verwaltungspraktikanten“ ersetzt.
12. In § 23 Abs. 2 wird das Wort „Bergverwaltungspraktikanten“ durch das Wort „Verwaltungspraktikanten“ ersetzt.
13. In § 24 Abs. 1, 2 und 3 werden die Worte „Bergverwaltungspraktikant“ durch die Worte „Verwaltungspraktikant“ ersetzt.
14. In § 25 wird das Wort „Bergverwaltungspraktikanten“ durch das Wort „Verwaltungspraktikanten“ ersetzt.
15. § 26 wird wie folgt geändert:
 - 15.1 In Satz 1 wird das Wort „Bergverwaltungspraktikant“ durch das Wort „Verwaltungspraktikant“ ersetzt.
 - 15.2 In Satz 2 wird das Wort „Bergverwaltungspraktikanten“ durch das Wort „Verwaltungspraktikanten“ ersetzt.
16. § 27 wird wie folgt geändert:
 - 16.1 In Absatz 1 Buchstabe a wird das Wort „sieben“ durch das Wort „fünf“ ersetzt.
 - 16.2 Absatz 1 Buchstabe b erhält folgende Fassung:
 - b) das 32. Lebensjahr, als Schwerbeschädigter das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und
 - 16.3 In Absatz 3 werden die Worte „der Oberbergämter“ durch die Worte „des Landesoberbergamtes Nordrhein-Westfalen“ ersetzt.
17. § 28 wird wie folgt geändert:
 - 17.1 In Absatz 1 wird die Zahl „5“ durch die Zahl „4“ ersetzt.
 - 17.2 Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 - (2) Auf den Vorbereitungsdienst können Zeiten angerechnet werden, in denen der Angestellte im öffentlichen Dienst mit Aufgaben beschäftigt worden ist, die üblicherweise von Beamten des gehobenen Dienstes wahrgenommen werden.
 - 17.3 Nach Absatz 2 wird angefügt:
 - (3) § 5 Abs. 2 findet Anwendung
 - (4) Es sind mindestens 6 Monate Vorbereitungs-dienst abzuleisten.
18. § 36 erhält folgende Fassung:

§ 36
Prüfungsnoten

Die einzelnen Prüfungsleistungen und die Gesamtbeurteilung dürfen nur wie folgt bewertet werden:

sehr gut (1)	= eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung;
gut (2)	= eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung;
befriedigend (3)	= eine im allgemeinen den Anforderungen entsprechende Leistung;
ausreichend (4)	= eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht;
mangelhaft (5)	= eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen läßt, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten;
ungenügend (6)	= eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten.
19. § 43 wird wie folgt geändert:
 - 19.1 In Absatz 2 werden in Satz 2 die Worte „mit einem erheblich über dem Durchschnitt liegenden Ergebnis bestanden haben“ durch die Worte „mindestens ‚gut‘ bestanden haben“ ersetzt.
 - 19.2 In Absatz 3 werden die Worte „der Oberbergämter“ durch die Worte „des Landesoberbergamtes Nordrhein-Westfalen“ ersetzt.

20. § 45 wird wie folgt geändert:

20.1 In Absatz 1 Satz 1 und 2 werden die Worte „Bergverwaltungsinspektor“ durch die Worte „Regierungsinspektor“ ersetzt.

20.2 In Absatz 2 erhält Satz 3 folgende Fassung:
Die Bewährungszeit beträgt mindestens drei Monate und soll ein Jahr nicht überschreiten.

21. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

21.1 In der Überschrift wird das Wort „Bergverwaltungsinspektoranwärter“ durch das Wort „Regierungsinspektoranwärter“ ersetzt.

21.2 In Nummer 4 wird das Wort „Eichdirektion“ durch die Worte „Landeseichdirektion NW“ ersetzt.

21.3 In den Nummern 6 und 9 werden die Worte „Oberbergamt“ durch die Worte „Landesoberbergamt NW“ ersetzt.

22. In Anlage 4 wird in der Überschrift das Wort „Bergverwaltungsinspektorprüfung“ durch das Wort „Regierungsinspektorprüfung“ ersetzt.

23. In Anlage 5 werden unter Seite 2 die Worte „Bergverw.-Insp.Anw.“ durch die Worte „Reg.Insp.Anw.“ ersetzt.

24. In Anlage 6 werden die Worte „Der/Die Bergverwaltungspraktikant(in)“ durch die Worte „Der/Die Verwaltungspraktikant(in)“ ersetzt.

25. In Anlage 7 werden in der Überschrift die Worte „den/die Bergverwaltungspraktikant(in)“ durch die Worte „den/die Verwaltungspraktikant(in)“ ersetzt.

26. In Anlage 9 wird das Wort „Bergverwaltungsinspektorprüfung“ durch das Wort „Regierungsinspektorprüfung“ ersetzt.

27. In Anlage 10 werden die Worte „Der/Die Bergverwaltungsinspektoranwärter(in)“ durch die Worte „Der/Die Regierungsinspektorenanwärter(in)“ ersetzt.

Artikel II

Diese Verwaltungsverordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

– MBl. NW. 1974 S. 1340.

203010

**Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für die Laufbahn des mittleren nichttechnischen
Dienstes in der Bergverwaltung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

VwVO. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 19. 8. 1974 – III/A 1 – 06 – 11 – 41/74

Aufgrund des § 15 Abs. 2 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1970 (GV. NW. S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. April 1973 (GV. NW. S. 196) – SGV. NW. 2030 – wird folgende Verwaltungsverordnung erlassen:

Artikel I

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des mittleren nichttechnischen Dienstes in der Bergverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18. Januar 1962 (SMBl. NW. 203010) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 1 erhält Buchstabe d folgende Fassung:

d) im Zeitpunkt der Einstellung noch nicht 33 Jahre und 6 Monate, als Schwerbeschädigter noch nicht 41 Jahre und 6 Monate alt ist.

2. § 2 wird wie folgt geändert:

2.1 In Absatz 1 werden die Worte „die Oberbergämter in Bonn und Dortmund“ durch die Worte „das Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen in Dortmund“ ersetzt.

2.2 In Absatz 2 Buchstabe e werden nach dem Wort „Staatsanwaltschaft“ die Worte „wegen eines Vergehens oder Verbrechens“ eingesetzt.

3. § 3 wird wie folgt geändert:

3.1 In Absatz 1 werden die Worte „von den Oberbergämtern“ durch die Worte „vom Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen“ ersetzt.

3.2 In Absatz 3 werden die Worte „Die Oberbergämter entscheiden“ durch die Worte „Das Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen entscheidet“ ersetzt.

4. § 4 wird wie folgt geändert:

4.1 In Absatz 1 werden die Worte „von den Oberbergämtern“ durch die Worte „vom Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen“ ersetzt.

4.2 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

(2) Vor der Einstellung sind von den Bewerbern eine Geburtsurkunde oder ein Geburtsschein und ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis beizubringen und ein Führungszeugnis zur Vorlage bei Behörden bei der zuständigen Meldebehörde zu beantragen.

5. § 6 wird wie folgt geändert:

5.1 § 6 Abs. 2 wird gestrichen.

5.2 Absatz 3 wird Absatz 2.

6. § 7 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

(1) Ausbildungsbehörde ist das Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen.

7. In § 9 Abs. 1 wird das Wort „Bergverwaltungsassistentenanwärter(in)“ durch das Wort „Regierungsassistentenanwärter(in)“ ersetzt.

8. In § 15 werden die Worte „bei den Oberbergämtern“ durch die Worte „beim Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen“ ersetzt.

9. In § 17 Abs. 2 werden die Worte „Prüfungsausschuß für den mittleren nichttechnischen Dienst“ durch die Worte „Prüfungsausschuß für die Laufbahn des mittleren nichttechnischen Dienstes“ ersetzt.

10. In § 19 Abs. 1 und 2 werden die Worte „Bergverwaltungslehrling“ durch die Worte „Verwaltungslehrling“ ersetzt.

11. In § 20 wird das Wort „Bergverwaltungslehrling“ durch das Wort „Verwaltungslehrling“ ersetzt.

12. § 21 wird wie folgt geändert:

12.1 In Satz 1 wird das Wort „Bergverwaltungslehrling“ durch das Wort „Verwaltungslehrling“ ersetzt.

12.2 In Satz 2 werden die Worte „des Bergverwaltungslehrlings“ durch die Worte „des Verwaltungslehrlings“ ersetzt.

13. § 22 wird wie folgt geändert:

13.1 In Absatz 2 werden die Worte „des Bergverwaltungslehrlings“ durch die Worte „des Verwaltungslehrlings“ ersetzt.

13.2 In Absatz 3 werden die Worte „Das Oberbergamt kann“ durch die Worte „Das Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen kann“ ersetzt.

14. § 23 wird wie folgt geändert:

14.1 In Absatz 1, 2 und 3 werden die Worte „Bergverwaltungslehrling“ durch die Worte „Verwaltungslehrling“ ersetzt.

14.2 In Absatz 3 Satz 3 werden die Worte „die Bergverwaltungslehrlinge“ durch die Worte „die Verwaltungslehrlinge“ ersetzt.

15. In § 24 wird das Wort „Bergverwaltungslehrling“ durch das Wort „Verwaltungslehrling“ ersetzt.

16. § 25 wird wie folgt geändert:

16.1 In Absatz 1 werden die Worte „des Bergverwaltungslehrlings“ durch die Worte „des Verwaltungslehrlings“ ersetzt.

16.2 In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Bergverwaltungslehrling“ durch das Wort „Verwaltungslehrling“ ersetzt.

16.3 In Absatz 2 Satz 2 werden die Worte „des Bergverwaltungslehrlings“ durch die Worte „des Verwaltungslehrlings“ ersetzt.

17. § 26 wird wie folgt geändert:

17.1 In Absatz 1 werden die Worte „Die Oberbergämter können“ durch die Worte „Das Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen kann“ ersetzt.

17.2 Absatz 1 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

b) im Zeitpunkt der Einstellung noch nicht 33 Jahre und 6 Monate, als Schwerbeschädigter noch nicht 41 Jahre und 6 Monate alt sind und

18. In § 27 Abs. 2 fallen in Satz 1 die Worte „nach Vollendung des 16. Lebensjahres“ fort.

19. § 35 erhält folgende Fassung:

§ 35

Die einzelnen Prüfungsleistungen und die Gesamtbewertungen dürfen nur wie folgt bewertet werden:

- | | |
|------------------|---|
| sehr gut (1) | = eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung; |
| gut (2) | = eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung; |
| befriedigend (3) | = eine im allgemeinen den Anforderungen entsprechende Leistung; |
| ausreichend (4) | = eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im ganzen den Anforderungen noch entspricht; |
| mangelhaft (5) | = eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, die jedoch erkennen läßt, daß die notwendigen Grundkenntnisse vorhanden sind und die Mängel in absehbarer Zeit behoben werden könnten; |
| ungenügend (6) | = eine den Anforderungen nicht entsprechende Leistung, bei der selbst die Grundkenntnisse so lückenhaft sind, daß die Mängel in absehbarer Zeit nicht behoben werden könnten. |

20. In § 42 Satz 1 und Satz 2 werden die Worte „Bergverwaltungsassistent“ durch die Worte „Regierungsassistent“ ersetzt.

21. Anlage 1 wird wie folgt geändert:

21.1 In der Überschrift wird das Wort „Bergverwaltungsassistentenwärter“ durch das Wort „Regierungsassistentenwärter“ ersetzt.

21.2 In Nummer 4 wird das Wort „Eichdirektion“ durch die Worte „Landeseichdirektion NW“ ersetzt.

21.3 In Nummer 5 wird das Wort „Oberbergamt“ durch die Worte „Landesoberbergamt NW“ ersetzt.

22. In Anlage 4 werden unter Seite 2 die Worte „Bergverw.-Ass.Anw.“ durch die Worte „Reg.Ass.Anw.“ ersetzt.

23. In Anlage 5 wird das Wort „Bergverwaltungslehrling“ durch das Wort „Verwaltungslehrling“ ersetzt.

24. In Anlage 6 wird das Wort „Bergverwaltungslehrling“ durch das Wort „Verwaltungslehrling“ ersetzt.

25. In Anlage 8 wird das Wort „Bergverwaltungsassistent(in)“ durch das Wort „Regierungsassistenten(in)“ ersetzt.

Artikel II

Diese Verwaltungsverordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

—MBL. NW. 1974 S. 1341.

20320

20323

Durchführung des Dritten Bundesbesoldungserhöhungsgesetzes

RdErl. d. Finanzministers v. 13. 8. 1974 –
B 2104 – 11 – IV A 2

Das Dritte Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (Drittes Bundesbesoldungserhöhungsgesetz – 3. BBesErhG –) vom 26. Juli 1974 ist am 30. 7. 1974 im Bundesgesetzblatt I S. 1557 verkündet worden. Zur Durchführung des 3. BBesErhG gebe ich im Einvernehmen mit dem Innenminister nachstehende Hinweise:

1 Allgemeine Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge

1.1 Dienstbezüge

1.11 Die allgemeine Erhöhung der **Grundgehälter**, Erhöhungsbeträge zum Grundgehalt (Fußnote 4 zu Besoldungsgruppe A 15 und Fußnote 4 zu Besoldungsgruppe A 16), Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und für Zuschüsse zur Ergänzung des Grundgehalts sowie der festgesetzten Sondergrundgehälter und Zuschüsse zur Ergänzung des Grundgehalts ist mit Rückwirkung vom 1. 1. 1974 in Kraft getreten. Die nach Maßgabe der Nummer 3.2 meines RdErl. v. 14. 3. 1974 (MBL. NW. S. 414) für die Zeit vom 1. 1. 1974 an unter Vorbehalt geleisteten Abschlagszahlungen sind nunmehr als endgültig zu behandeln. Für die Höhe der Bezüge gelten die Sätze der Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 1 des 3. BBesErhG (vgl. auch Übersicht 1 meines RdErl. v. 14. 3. 1974 – MBL. NW. S. 414 –); Änderungen sind hierdurch nicht eingetreten.

Die Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppen A 12a, A 13a und H 1 bis H 5, die Sätze der Erhöhungsbeträge zum Grundgehalt, der Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und für Zuschüsse zur Ergänzung des Grundgehalts entsprechen den Sätzen in der Übersicht 1 meines RdErl. v. 14. 3. 1974 (MBL. NW. S. 414).

1.12 Für die allgemeine Erhöhung des **Ortszuschlages** gilt Nummer 1.11 Sätze 1 und 2 entsprechend. Für die Höhe des Ortszuschlages sind die Sätze in der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 2 des 3. BBesErhG maßgebend (vgl. auch Übersicht 2 meines RdErl. v. 14. 3. 1974 – MBL. NW. S. 414 –); Änderungen sind hierdurch nicht eingetreten.

Die Sätze des Ortszuschlages in den Besoldungsgruppen A 12a, A 13a und H 1 bis H 5 entsprechen denen der Übersicht 2 meines RdErl. v. 14. 3. 1974 (MBL. NW. S. 414).

1.13 Die in bundes- und landesrechtlichen Vorschriften ausgewiesenen Sätze der **Zulagen** sind durch das 3. BBesErhG nicht erhöht worden.

Für bisher schon gesetzlich geregelte **Ausgleichszulagen** gilt weiterhin die Nummer 3.25 meines RdErl. v. 14. 3. 1974 (MBL. NW. S. 414).

1.2 Versorgungsbezüge

1.21 Gegenüber der mit RdErl. v. 14. 3. 1974 (MBL. NW. S. 414) bekanntgegebenen Regelung sind keine Änderungen eingetreten. Die danach unter Vorbehalt geleisteten Zahlungen sind als endgültig zu behandeln.

1.22 Die Sätze der ab 1. 1. 1974 maßgebenden Mindestversorgungsbezüge, Mindestunfall- und Mindestkriegsunfallversorgungsbezüge sowie Mindestkürzungsgrenzen ergeben sich aus den Übersichten 3 bis 5 meines RdErl. v. 14. 3. 1974 (MBL. NW. S. 414).

2 Sonstige Änderungen der Dienst- und Versorgungsbezüge

2.1 Dienstbezüge

2.11 Durch Art. III Nr. 1 des 3. BBesErhG ist Art. II § 2 Abs. 2 des 1. BesVNG, zuletzt geändert durch Art. III des 2. BBesErhG (**Stellenzulage** für Beamte des gehobenen **technischen Dienstes**) geändert und ergänzt worden. Diese Stellenzulage wird danach ab 1. 1. 1974 außer den Beamten des gehobenen technischen Dienstes **mit der Abschlußprüfung einer Ingenieurschule** oder Fachhochschule und den Aufstiegsbeamten des gehobenen tech-

nischen Dienstes auch den Beamten des gehobenen technischen Dienstes ohne **Abschlußprüfung einer Ingenieurschule** gewährt, wenn sie ein Amt bekleiden, für das nach den Laufbahnvorschriften die Abschlußprüfung einer Ingenieurschule vorgeschrieben ist. Darüber hinaus sind auch Beamte des gehobenen technischen Dienstes anspruchsberechtigt, die wegen Kriegswehrdienstes ohne die für die planmäßige Anstellung vorgeschriebene Prüfung zu außerplanmäßigen Beamten (K) ernannt worden waren und die nach der Entlassung aus dem Kriegswehrdienst während des Besuchs der Ingenieurschule Dienstbezüge erhalten haben. Die sonstigen Anspruchsvoraussetzungen sind unverändert geblieben.

- 2.12 Hinsichtlich des Begriffs „Ingenieurschule“ nehme ich Bezug auf Ziff. 2.72 Satz 3 meines Ausführungserlasses zum 8. LBesAndG, mein RdErl. v. 29. 7. 1971 (MBI. NW. S. 1468 / SMBl. NW. 20320), und auf die Aufstellung der vom BMI im Gemeinsamen Ministerialblatt 1969 S. 1468 veröffentlichten Bildungseinrichtungen.

- 2.13 Art. II und IV des 3. BBesErhG gelten nur für den Bundesbereich.

2.2 Versorgungsbezüge

Die in den Art. II, III und IV des 3. BBesErhG enthaltenen strukturellen Verbesserungen finden auf die am 31. 12. 1973 vorhandenen Versorgungsempfänger keine Anwendung. Die Beteiligung der Versorgungsempfänger an den strukturellen Verbesserungen des 3. BBesErhG soll später durch das neue System der Anpassung der Versorgungsbezüge geregelt werden.

– MBI. NW. 1974 S. 1342.

203207

Verpflegungszuschuß nach § 8 Abs. 2 der Trennungentschädigungsverordnung Regelung bei der Polizei

RdErl. d. Innenministers v. 28. 8. 1974 –
IV B 3 – 5313/6

Mein RdErl. v. 19. 8. 1968 (SMBl. NW. 203207) wird mit Wirkung vom 1. Juli 1974 aufgehoben.

– MBI. NW. 1974 S. 1343.

21261

Internationale Impfbescheinigungen über Gelbfieber-, Pocken- und Choleraschutzimpfungen

RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 3. 9. 1974 – VI A 2 – 44. 24. 14

In meinem RdErl. v. 8. 5. 1973 (SMBl. NW. 21261) wird unter Nummer 1.1 folgende Nummer 15 eingefügt:

15. Krefeld: Hygiene-Institut, Impfstation

– MBI. NW. 1974 S. 1343.

2135

Feuerwehrdienstvorschrift 7 (FwDV 7) „Atemschutz“

RdErl. d. Innenministers v. 3. 9. 1974 –
VIII B 4 – 32. 34. 1

Aufgrund des § 15 Abs. 3 Buchstabe a des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen – FSHG – vom 25. März 1958 (GV. NW. S. 101), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 1969 (GV. NW. 1970, S. 22), – SGV. NW. 213 – erlasse ich

die Feuerwehrdienstvorschrift 7 (FwDV 7)
„Atemschutz“.

Die Dienstvorschrift ist in der Schriftenreihe „Feuerschutz im Lande Nordrhein-Westfalen“ erschienen und kann vom Deutschen Gemeindeverlag GmbH, 5000 Köln 1, Luxemburger Str. 72, bezogen werden.

Die Feuerwehrdienstvorschrift 7 tritt am 1. Dezember 1974 in Kraft.

Mein RdErl. v. 5. 2. 1970 (SMBl. NW. 2135) – Ausbildungsvorschriften für die Feuerwehr – erhält folgende Fassung:

Für die Ausbildung der Feuerwehren ist die Ausbildungsvorschrift 4 (AVF 4) – Hakenleitersteigen – zu beachten.

Wegen des Umfangs und der großen Zahl von Abbildungen kann die Vorschrift nicht in das Ministerialblatt aufgenommen werden. Der Deutsche Gemeindeverlag GmbH, Köln, hat deshalb den Druck der Ausbildungsvorschrift übernommen. Sie ist in der Schriftenreihe „Feuerschutz im Lande Nordrhein-Westfalen“ erschienen und kann unter der Bestellnummer FS 05/6 vom Deutschen Gemeindeverlag GmbH, 5000 Köln, Luxemburger Straße 72, bezogen werden.

Die Vorschrift wurde erstmals 1960 als Anleitung für die einheitliche Ausbildung im Hakenleitersteigen aufgestellt; ihre Fassung wurde zwischenzeitlich der Neufassung des Normblattes DIN 14710 „Hakenleiter“ angepaßt.

Die Vorschrift ist eine allgemeine Weisung nach § 15 Abs. 3 Buchstabe a FSHG.

– MBI. NW. 1974 S. 1343.

2160

Öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales
v. 30. 8. 1974 – IV B 2 – 6113/W

Die nachstehend aufgeführten Vereine, die Träger von Tageseinrichtungen für Kinder sind, sind Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. und seit dem im einzelnen aufgeführten Datum nach § 9 JWG bereits anerkannt:

a) Im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland

Kindertagesstätte Hüttenstraße e.V.

5100 Aachen, Hüttenstr. 53 (8. 12. 1973)

Kindergartenverein Weissenberger
Wohnpark e.V.

5060 Bensberg-Refrath, Iddelsfeld 4 (1. 10. 1973)

Kinderladen 7 e. V.

5103 Brand, Nordstr. 6 (8. 12. 1973)

Elterninitiative Das Kind II e. V.

4000 Düsseldorf, Schirmerstr. 7 (11. 1. 1974)

Kindergarteninitiative Derendorf (KID)

4000 Düsseldorf, Zietenstr. 42 (4. 9. 1973)

Studentenkindertagesstätte

Vors. M. Commeßmann

4000 Düsseldorf 30, Bagelstr. 30 (11. 1. 1974)

Schülerhort e.V.

4000 Düsseldorf, Grunerstr. 36 (14. 6. 1974)

Kindergarten Brummkreisel e.V.

4100 Duisburg 12, Walzstr. 29 (6. 2. 1974)

Elterninitiative Kindergarten e.V.

5208 Eitorf, Untenrother Str. N B (7. 12. 1973)

Pädagogische Elterninit. Gummersbach

5270 Gummersbach, Grotenbachstr. 36 (27. 11. 1972)

Verein zur Förderung des Kindergartens
in Hanfmühle

5202 Hennef-Heide (7. 12. 1973)

Elterninitiative Kindergarten e.V.

5202 Hennef/Sieg 41, Süchterscheid (7. 12. 1973)

- Treffpunkt Hilden e.V.
4010 Hilden, Händelstr. 20 (9. 10. 1973)
- Interessengemeinschaft zur Förderung gemeinn. Einrichtungen Holzbüttgen e.V.
4046 Holzbüttgen, Nordkanalallee 3 (15. 11. 1973)
- Verein Kindergarten Spielkiste e.V.
5158 Horrem, Boisdorfer Straße (20. 12. 1973)
- Kindertagesstätte Kaarst e.V.
4044 Kaarst, Matthiasstr. 20 (15. 11. 1973)
- Dr. Rolf Lappe Stiftung
5000 Köln 30, Nattermannallee 1 (25. 3. 1974)
- Elterninitiative Kindergarten e.V.
5330 Königswinter 21, Am Hang 22 (7. 12. 1973)
- Gemeinnützige Elterninitiative Buschhof e.V.
5330 Königswinter 41, Heisterbacherrot Torstr. 25 (7. 12. 1973)
- Kindergartenverein Aachen-Kornelimünster
5106 Kornelimünster, Unter den Weiden 30 (1. 2. 1974)
- Kindergarten Bürgeraktion Ruhrfeld e.V.
5309 Meckenheim, Hauptstr. 23 (7. 12. 1973)
- Verein Kinderlädchen e.V.
4005 Meerbusch, Hohegrabenweg 76 (14. 2. 1974)
- Elterninitiative Kindergarten e.V.
4130 Moers-Schwafheim, Fichtenstr. 14 (27. 2. 1974)
- Elterninitiative Kinderladen
5050 Porz-Ensen, Elsterweg 7-9 (28. 2. 1974)
- Elterninitiative Kinderladen Solingen e.V.
5650 Solingen, Hermann-Löns-Weg 8 (8. 4. 1974)
- Aktionsgemeinschaft Kindergarten Swistal-Buschhoven e.V.
5357 Swistal-Buschhoven, Rosenweg 56 (7. 12. 1973)
- Trägerverein des priv. Kindergartens Wegberg e.V.
5144 Wegberg, Lärchenhain 23 (18. 9. 1973)
- Eltern-Kinder-Gruppe e.V.
56 Wuppertal 1, Helmholzstr. 4 (27. 3. 1974)
- INKI e.V. Nächstebreck
 Initiativ-Gruppe
5600 Wuppertal 2, Haßlinghauser Str. 15 (27. 3. 1974)
- b) Im Bereich des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe
- Elternselbsthilfe e.V.
4800 Bielefeld, Mittelstr. 30 (20. 9. 1973)
- Kinderzentrum e.V.
4930 Detmold, Freiligrathstraße (9. 1. 1974)
- Kinderspielgruppe Wieckesweg e.V.
4600 Dortmund-Körne, Körner Hellweg 77 (24. 10. 1973)
- Verein für vorschulische Kindererziehung e.V.
4900 Herford, Bergentorwall 22 (8. 3. 1973)
- Kindergruppe Lauheide e.V.
4044 Telgte, Verth 265 (19. 2. 1973)
- Folgende Mitglieder im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland sind aus dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. ausgeschieden:
- Rettet das Kind e.V. **5100 Aachen**
 Brüsseler Ring 37
- Kinder-Olymp e.V. **4000 Düsseldorf**
 Blücherstr. 69
- Gem. Förderverein für demokr. Vorschulerziehung Hilden e.V. **4010 Hilden**
 Furtwänglerstr. 22
- Kölner Kinderförderung Tieckstr. e.V. **5000 Köln 30**
 Tieckstr. 37
- Die Bek. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales v. 28. 3. 1974 (MBI. NW. S. 529/SMBl. NW. S. 2160) wird daher entsprechend ergänzt.
- MBI. NW. 1974 S. 1343.
- 611160**
- Grundsteuerbefreiung des Grundbesitzes der Privatschulen nach § 4 Nr. 5 GrStG**
- Gem. RdErl. d. Finanzministers G 1106 - 4 - V C 1, d. Innenministers - III B 1 - 4/115 - 4673/74 - u. d. Kultusministers - I C 4. 03-30/2 - 1669/74 - v. 12. 8. 1974
- 1 Grundsteuerbefreiung von Privatschulen nach § 4 Nr. 5 GrStG**
- 1.1 Grundbesitz von Privatschulen, der nicht schon nach § 3 GrStG von der Grundsteuer befreit ist, ist nach § 4 Nr. 5 GrStG grundsteuerfrei, wenn die Landesregierung oder die von ihr beauftragte Stelle (§ 1 der Grundsteuer-Anerkennungsverordnung vom 15. Januar 1974 - GV. NW. S. 54/SGV. NW. 611, BStBl. I S. 100-) anerkannt hat, daß der Benutzungszweck im Rahmen der öffentlichen Aufgaben liegt. Wenn der Grundbesitz schon bisher nach § 4 Ziff. 7 GrStG a. F. steuerfrei war, kann unterstellt werden, daß eine Anerkennung vorliegt (Abschn. 22 Abs. 5 Satz 3 GrStR). Soweit nach § 4 Nr. 5 GrStG steuerfreier Grundbesitz von Privatschulen nicht nach altem Recht von der Grundsteuer befreit war, bedarf es der Anerkennung.
- 1.2 Privatschulen sind entweder Ersatz- oder Ergänzungsschulen (§ 36 Abs. 2 des Ersten Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen vom 8. April 1952 - GV. NW. S. 61/SGV. NW. 223 -). Ersatzschulen bedürfen nach § 37 des Ersten Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen der Genehmigung durch den Kultusminister.
- 2 Allgemeine Anerkennung für private Ersatzschulen**
- 2.1 Gem. § 4 Nr. 5 GrStG in Verbindung mit § 1 der Grundsteuer-Anerkennungsverordnung wird allgemein anerkannt, daß der Benutzungszweck des Grundbesitzes von privaten Ersatzschulen im Rahmen der öffentlichen Aufgaben liegt. Diese Anerkennung gilt auch für Kindergärten, die einer Frauenoberschule (hauswirtschaftliche Form) angeschlossen sind oder der Ausbildung von Kindergärtnerinnen und -hortnerinnen dienen.
- 2.2 Die oberen Schulaufsichtsbehörden (Regierungspräsidenten und Schulkollegien) haben für die erstmalige Gewährung einer Grundsteuerbefreiung des Grundbesitzes von privaten Ersatzschulen nach § 4 Nr. 5 GrStG zu bescheinigen, daß es sich um eine private Ersatzschule handelt.
- 3 Anerkennung für private Ergänzungsschulen**
- Für die Grundsteuerbefreiung des Grundbesitzes privater Ergänzungsschulen nach § 4 Nr. 5 GrStG, der nicht schon nach § 4 Ziff. 7 GrStG a. F. befreit war, ist eine Anerkennung in jedem Einzelfall erforderlich (Hinweis auf Gem. RdErl. d. Finanzministers u. d. Innenministers v. 8. 5. 1974 - SMBl. NW. 611160, BStBl. I S. 516 -).
- 4 Aufhebung von Runderlassen**
- Folgende RdErl. werden mit Wirkung vom 1. 1. 1974 aufgehoben:
- RdErl. d. Kultusministers v. 18. 12. 1952 (SMBl. NW. 611160, BStBl. 1953 II S. 9);
- RdErl. d. Finanzministers v. 3. 1. 1953 (BStBl. II S. 9).
- MBI. NW. 1974 S. 1344.

764

Studienreisen der Mitglieder von Sparkassenorganen

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und
Verkehr v. 29. 8. 1974 – II/A 1 – 182 – 56 – 42/74

1. Mit RdErl. v. 27. 4. 1972 (n. v.) – II/A 1 – 182 – 56 – habe ich darauf hingewiesen, daß die Übernahme der Kosten von Studienreisen von Mitgliedern des Verwaltungsrates durch die Sparkassen unter bestimmten Voraussetzungen zulässig ist. Weitere Studienreisen, die Verwaltungsratsmitglieder und die Vorstände von Sparkassen inzwischen unternommen haben, geben Veranlassung, auf die Gesichtspunkte hinzuweisen, nach denen in der Regel beurteilt werden kann, ob und in welchem Umfang die Tragung der Kosten durch die Sparkasse zulässig ist:
 - 1.1 Die Studienreise muß der Vermittlung von Kenntnissen dienen, die die Sparkassenorgane für eine sachgerechte Entscheidung über Angelegenheiten benötigen und nicht auf andere Weise erwerben können. Ein allgemeines Informationsbedürfnis der Reiseteilnehmer rechtfertigt eine Studienreise nicht. Vermittelt eine Studienreise den Teilnehmern in erster Linie Kenntnisse, die für sie nicht als Mitglieder von Organen der Sparkasse, sondern in anderer Eigenschaft, z. B. als Mitglieder der Vertretung des Gewährträgers, nützlich sind, so dürfen die Kosten nicht von der Sparkasse getragen werden.
 - 1.2 Der Teilnehmerkreis muß dem Zweck der Studienreise entsprechen. Eine Studienreise von Mitgliedern des Verwaltungsrates oder des Kreditausschusses ist unzulässig, wenn der Zweck auch durch eine Dienst- oder Studienreise von Mitgliedern des Vorstandes erreicht werden kann. So kann es nicht Aufgabe der Mitglieder des Verwaltungsrates oder des Kreditausschusses sein, persönliche Kontakte zu Korrespondenzbanken oder Sparkasseneinrichtungen im Ausland herzustellen, um die geschäftlichen Beziehungen zu intensivieren.
 - 1.3 Der Aufwand muß in einem angemessenen Verhältnis zum Zweck der Studienreise stehen. Die Sparkasse darf nur die notwendigen Kosten tragen. Eine Entschädigung für etwaigen Verdienstausschlag darf nicht gewährt werden.
2. Um die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu überwachen, sind die Aufsichtsbehörden nach § 29 Abs. 2 SpkG befugt, die rechtzeitige Anzeige von beabsichtigten Studienreisen zu verlangen.

– MBl. NW. 1974 S. 1345.

II.

Innenminister

Ungültigkeit eines Dienstausweises

Bek. d. Innenministers v. 4. 9. 1974 –
II C – BD – 011-1.4

Der Dienstausweis Nr. 1486 der Regierungsangestellten Frau Helga Tomandl, wohnhaft in Ratingen-Eckamp, Otto-Hahn-Str. 4, ausgestellt am 16. 1. 1974 vom Innenminister des Landes NW ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte der Dienstausweis gefunden werden, wird gebeten, ihn dem Innenminister des Landes NW in Düsseldorf zuzuleiten.

– MBl. NW. 1974 S. 1345.

Ministerpräsident**Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland**

Der Herr Bundespräsident hat nachstehenden, im Lande Nordrhein-Westfalen wohnhaften Personen den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen:

Verleihungsdatum**A. Großes Verdienstkreuz mit Stern**

Prof. Dr. Otto Kunze, Rechtsanwalt, Düsseldorf 13. 5. 1974

B. Großes Verdienstkreuz

Prof. Dr. Dr. Heinz Baron, Städtischer Obermedizinaldirektor a. D.,
Düsseldorf-Lörick 10. 5. 1974

Richard Grün, Räumtruppführer, Köln-Weidenpesch 1. 4. 1974

Rudolf Kleine, Verwaltungsangestellter, Bonn-Ippendorf 7. 3. 1974

Heinrich Köppler MdL, Jurist, Düsseldorf 29. 5. 1974

Prof. Dr. Carl Kröger, Professor em., Aachen 5. 7. 1974

Gerd-Ludwig Lemmer MdL,
Staatsminister a. D., Vorstandsmitglied, Remscheid 29. 5. 1974

Alfred Lenker, ehem. Räumtruppführer, Aachen 7. 3. 1974

Senator Dipl.-Ing. Günter Peddinghaus, Fabrikant, Ennepetal 10. 5. 1974

Prof. Dr. med. Heinz Rollhäuser,
ordentl. Professor, Münster/Westf. 29. 5. 1974

Dr. Felix Freiherr von Vittinghoff-Schell,
Land- und Forstwirt, Weeze 25. 3. 1974

C. Verdienstkreuz 1. Klasse

Hermann Josef Bange, Kaufmann, Hagen/Westf. 19. 9. 1973

Gerd Fidorra, Räumtruppführer, Aachen 11. 4. 1974

Karl Heim, Pensionär, Solingen 29. 8. 1973

Werner Hildebrandt, Bundesbahnoberamtmann, Neuss 22. 4. 1974

Ernst Meyer, Kreisamtmann a. D., Lübbecke 11. 4. 1974

Egon Ramms, Kaufmann, Wesel 24. 5. 1974

Rudolf Sterck, Räumtruppführer, Aachen 22. 4. 1974

José Verkest, Oberstleutnant, Junkersdorf 5. 6. 1974

D. Verdienstkreuz am Bande

Clara Luise Ackermann, Hausfrau, Marl 7. 3. 1974

Otto Ahlert, Verwaltungsamtmann, Hüttental-Weidenau 1. 4. 1974

Heinrich Alfs, Landwirt, Sythen 19. 2. 1974

Paul Bayer, Räumarbeiter, Köln 11. 4. 1974

Heinrich Konrad Beckmann, Verwaltungsarbeiter, Spellen 11. 4. 1974

Karl Borck, Ministerialrat a. D., Köln-Lindenthal 1. 4. 1974

Karl Bouillon, Oberschulrat, Düsseldorf 29. 5. 1974

Werner Braas, Regierungsoberbauamtsrat, Meerbusch-Lank 29. 5. 1974

Franz Brambrink, Landwirt, Dülmen 7. 3. 1974

Josef Brandenburg, Rentner, Köln-Ehrenfeld 29. 5. 1974

Josef Brassel, Pensionär, Bad Honnef 7. 3. 1974

Erwin Brink, Augenoptikermeister, Wuppertal-Barmen 11. 1. 1974

Herbert Brüggemeier, ehem. Buchhaltungsleiter, Mülheim a. d. Ruhr 4. 3. 1974

Anton Burghoff, Kaufmann, Handorf 29. 5. 1974

Peter Cinka, Oberstudiendirektor, Duisburg 1. 4. 1974

Hans Claßen, Räumarbeiter, Großhau 11. 4. 1974

Gottfried Coenen, Volksschullehrer a. D., Stolberg 22. 4. 1974

Verleihungsdatum

Wilhelm Damwerth, Schriftsteller, Münster/Westf.	29. 5. 1974
Heinrich Decker, Rektor, Eitorf-Mühleip	29. 5. 1974
Paul Demmer, Landwirt, Waldbröl	25. 3. 1974
Kurt Didszun, Schlosser und Schweißer, Essen	1. 4. 1974
Jakob Dünwald, techn. Fernmeldehauptsekretär, Stommeln	4. 4. 1974
Hans Ehl, Kriminalhauptmeister, Essen	24. 5. 1974
Emil Eschmann, Schreinermeister, Waldbröl	19. 2. 1974
Ludwig Esser, Ingenieur, Euskirchen	11. 4. 1974
Lothar Fabian, techn. Angestellter, Greven-Reckenfeld	27. 5. 1974
Grete Fährmann, Hausfrau, Wanne-Eickel	1. 4. 1974
Hans Farnschläder, Organist, Bonn-Bad Godesberg	7. 3. 1974
Hermann Fellerhoff, Schausteller, Düsseldorf	7. 3. 1974
Dr. Hermann Franke, selbständiger Wirtschaftsberater und Steuerbevollmächtigter, Wuppertal	7. 3. 1974
Gisela Franzky, Sozialarbeiterin, Unna	1. 4. 1974
Hildegard Fries-Bormann, Hausfrau, Münster/Westf.	11. 4. 1974
Helmut Gosewinkel, Stadtoberamtmann, Bergkamen-Rünthe	7. 2. 1974
Wilhelm Gourissen, Prokurist i. R., Eschweiler	19. 2. 1974
Heinrich Graf, Stadtbaumeister a. D., Lage	7. 3. 1974
Dr. Horst Griese, Oberkreisdirektor, Dinslaken	25. 3. 1974
Dr. Hans-Joachim Heber, Rechtsanwalt, Düsseldorf	7. 3. 1974
Andreas Heindrichs, Schausteller, Bonn	7. 3. 1974
Josef Hennecke, Elektromeister, Arnsberg/Westf.	29. 5. 1974
Theodor Hensen, Kaufmann, Hochneukirch	25. 3. 1974
Hermann Josef Hieronymi, Pfarrer, Köln-Ehrenfeld	26. 4. 1974
Karl Hilse, Verkehrsdirektor a. D., Soest	25. 3. 1974
Kurt Höschler, Pensionär, Pulheim	4. 3. 1974
Dr. Ulrich Hoethker, Pastor, Bad Salzuflen	29. 5. 1974
Ernst an Huef, Feuerwerker, Detmold	26. 4. 1974
Josef Hülster, Pfarrvikar, Arnsberg/Westf.	29. 5. 1974
Karl-Rudolf Jaensch, Oberschulrat, Düsseldorf-Oberkassel	26. 4. 1974
Josef Jansen, Regierungshauptsekretär, Viersen	25. 3. 1974
Hubert Janssen, Postoberamtmann, Meerbusch	4. 3. 1974
Friedrich-Wilhelm Kalthoff, Landwirt, Nachrodt-Wiblingwerde	19. 2. 1974
Paul Kassner, Hilfsfeuerwerker, Scherfede	22. 4. 1974
Otto Kelle, Syndikus, Gelsenkirchen	4. 3. 1974
Adolf Kickelbick, Verwaltungsamtmann, Werl	18. 3. 1974
Bernhard Johann Kisse, Kaufmann, Gelsenkirchen-Buer	7. 3. 1974
Herta Kleine, Hausfrau, Bielefeld-Brackwede-Quelle	29. 5. 1974
Fritz Kleineberg, Regierungsdirektor, Halle/Westf.	9. 7. 1974
Horst Klose, Verwaltungsarbeiter, Hünxe	4. 4. 1974
Eduard Klüber, Gärtnermeister, Büttgen	22. 4. 1974
Max Kölges, Friseurmeister, Gelsenkirchen	14. 6. 1974
Dr. Fritz Korte, Studiendirektor a. D., St. Blasien (früher Dortmund)	14. 12. 1973
Dr. Konrad Kraemer, Chefredakteur, Eikamp	4. 3. 1974
Bruno Krause, Landesoberinspektor, Münster-Angelmodde	27. 5. 1974
Paul Krevet, Geschäftsführer, Erkrath	4. 4. 1974
Klaus Kriesinger, Räumarbeiter, Rheinbach-Oberdrees	11. 4. 1974
Erika Kröger, Geschäftsführerin, Homberg/Ndrh.	1. 4. 1974
Diether Kuhlmann, Konrektor, Detmold	1. 4. 1974
Lorenz Kuhn, Oberamtsrat, Düsseldorf	24. 6. 1974
Arthur Last, Turn- und Sportlehrer, Bochum	7. 3. 1974
Walter Linke, Räumarbeiter, Büren	26. 4. 1974
Dr. Carl-Heinz Löwen, Werksarzt, Krefeld	11. 4. 1974
Else Lücking, Hausfrau, Lüdenscheid	25. 3. 1974

Verleihungsdatum

Heinrich Meid, Referent, Rodenkirchen	4. 4. 1974
Josef Menne, Landwirt, St. Augustin-Hangelar	7. 3. 1974
Ernst Michel, Schachtmeister, Detmold-Pivitsheide VL	27. 9. 1973
Rudolf Michno, Büromaschinenmechanikermeister, Weiden/Krs. Köln	18. 3. 1974
Erich Mohr, Kraftfahrzeugmechanikermeister, Wuppertal	11. 4. 1974
Gerd Mohr, Angestellter, Köln-Dellbrück	25. 3. 1974
Franz Moritz, Räumarbeiter, Köln	22. 4. 1974
Wilhelm Moritz, Erzieher im Landeskrankenhaus Brauweiler, Büsdorf	4. 4. 1974
August Müller, Prokurist, Siegburg	29. 5. 1974
Richard Müller, Direktor, Rodenkirchen-Hahnwald	4. 3. 1974
Wilhelm Naumann, Kaufmann, Opladen	7. 3. 1974
Friedrich Oberdorf, Stadtoberamtsrat, Bergkamen-Oberaden	19. 2. 1974
Heinrich Oellers, Landwirt, Heinsberg-Horst	4. 4. 1974
Hermann Oelmann, Polizeihauptmeister, Gelsenkirchen-Buer	29. 5. 1974
Arnold Overzier, Oberwerkmeister i. R., Köln	25. 3. 1974
Josef Paul, Kaufmann, Dortmund	25. 3. 1974
Heinrich Pelzer, Schmiedemeister, Geilenkirchen-Süggerath	4. 4. 1974
Bruno Peters, Landforstmeister, Olpe	14. 12. 1973
Hubert Pütz, Maschinenschlosser, Ratingen	11. 1. 1974
Hermann Rentmeister, Kreisoberbaurat, Warendorf	29. 5. 1974
Wilhelm Reuber, ehem. Verwaltungsangestellter, Bonn-Bad Godesberg	24. 6. 1974
Dr. Rudolf Reuter, Bibliotheksdirektor a. D., Köln-Ehrenfeld	26. 4. 1974
Balthasar Rhiem, Räumarbeiter, Langerwehe	22. 4. 1974
Nikolaus Rosiny, Architekt, Köln	4. 3. 1974
Paul Ruben, Großhandelskaufmann, Bensberg	1. 4. 1974
Anton Sennrat, kaufm. Angestellter, Duisburg	7. 2. 1974
Peter Simon, Pförtner, Duisburg	1. 4. 1974
Anna Spanier, Hausfrau, Düsseldorf	25. 3. 1974
Heinz Schäfer, ehem. kaufm. Angestellter, Oer-Erkenschwick	1. 4. 1974
Karl Schaffland, Rentner, Breckerfeld	18. 3. 1974
Heinz Schattmann, Architekt, Kempen	29. 5. 1974
Dipl.-Ing. Otto Scheidgen, Pensionär, Bonn	4. 3. 1974
Paul Schellewald, Stadtvermessungsrat a. D., Velbert	14. 12. 1973
Karl-Heinz Schimmelpfennig, Vorarbeiter, Köln	29. 5. 1974
Helmut Schischke, Abteilungsleiter, Aachen	4. 4. 1974
Hermann Schlemm, Regierungsangestellter i. R., Düsseldorf	4. 4. 1974
Wilhelm Schmidt, Fertigungskontrolleur, Bad Berleburg	1. 4. 1974
Sofie Schmitz, Hausfrau, Soest	4. 3. 1974
Hans Schneider, Fleischermeister, Jülich	1. 4. 1974
Josef Schröder, Uhrmacher- und Optikermeister, Recklinghausen	28. 6. 1974
Ewald Schwarz, Verkehrsmeister, Walsum/Ndrh.	11. 4. 1974
Lisel Stamm, Hausfrau, Iserlohn	11. 4. 1974
Prof. Dr. Otto Steinert, Fachhochschullehrer, Essen-Bredeney	29. 5. 1974
Antonia Stromberg, Konrektorin a. D., Waltrop	27. 5. 1974
Wilhelm Stückemann, ehem. Dreher, Bielefeld-Theesen	26. 4. 1974
Kurt Terschüren, Leitender Feuerwerker, Detmold	26. 4. 1974
Mathilde Tewaag, Hausfrau, Velbert	4. 3. 1974
Günter Thiele, Staatssekretär, Köln	7. 2. 1974
Heinrich Thielmann, Elektriker, Neunkirchen/Krs. Siegen	7. 3. 1974
Dr. Albert Tholen, prakt. Arzt, Heinsberg	4. 4. 1974
Helene Tietmeyer, Hausfrau, Metelen	19. 2. 1974
Friedrich Uhlenbruck, Landwirt, Gahlen/Krs. Dinslaken	4. 4. 1974
Prof. Gerhard Ulrich, Schriftsteller, Gütersloh	7. 3. 1974

Verleihungsdatum

Bernhard Velten, ehem. Bergwerksdirektor, Bottrop	26. 4. 1974
Carl Verweyen, Verwaltungshauptsekretär a. D., Ahaus/Westf.	7. 3. 1974
Erich Vieregge, Buchdruckermeister, Lage	19. 2. 1974
Anton Vierling, Dachdecker- und Klempnermeister, Köln	4. 3. 1974
Magdalena Volkmann, Hausfrau, Minden	1. 4. 1974
Wilhelm Volkmann, Verwaltungsangestellter, Minden	1. 4. 1974
Hermann Waffenschmidt, Schmiedemeister, Freudenberg-Plittershagen	25. 3. 1974
Johanna Walhorn, Rechtsanwältin und Notarin, Münster/Westf.	11. 4. 1974
Siegfried Weissinger, Pastor, Holzwickede	29. 5. 1974
Peter Winterscheid, Schreinermeister, Alfter	4. 3. 1974
Dr. Bernhard Worms MdL, Oberpostdirektor, Pulheim	11. 4. 1974
Karl Zimmermann, kaufm. Angestellter, Solingen	7. 3. 1974

E. Verdienstmedaille

Wilhelm Adam, Werkmeister, Lemgo	10. 5. 1974
Maria Bahlmann – Schwester Luana –, Ordensschwester, Altenberge	7. 3. 1974
Werner Bathe, Regierungsamtsinspektor a. D., Hochdahl-Trills	7. 3. 1974
Lina Beinke, Gemeindeschwester, Herdecke/Ruhr	24. 6. 1974
Antonie Brüggemann, Apothekenhelferin, Beverungen	19. 2. 1974
Maria Büker, Hausfrau, Rumbeck/Krs. Arnsberg	28. 6. 1974
Clemens Bußmann, Maurerpolier, Recklinghausen	10. 5. 1974
Otto Coerdts, kaufm. Angestellter, Soest	13. 8. 1974
Klara Demmer, Haushälterin, Gelmer	24. 6. 1974
Magdalene Denzel, Krankenschwester, Leverkusen	7. 2. 1974
Karoline Dittmann, Hausgehilfin, Siegen	4. 3. 1974
Antonia Dreyer – Schwester Consuela –, Ordensschwester, Dormagen	7. 3. 1974
Klara Dubba, Hausfrau, Gevelsberg	19. 2. 1974
Ida Eickhoff, Diakonisse, Hattingen/Ruhr	24. 6. 1974
Frieda Enchelmeier, Hausdame, Gelsenkirchen	14. 6. 1974
Elfriede Engels, Hausfrau, Lemgo	26. 4. 1974
Gudrun Felger, Krankengymnastin, Bonn	4. 3. 1974
Otto Fröhlich, kaufm. Angestellter, Dortmund	22. 4. 1974
Christine Funnekötter, ehem. Krankenschwester, Hamm	24. 6. 1974
Paul Geißler, Verkaufsberater, Arnsberg/Westf.	22. 4. 1974
Karl Geller, Bürovorsteher, Essen-Steele	25. 3. 1974
Walter Güldenring, städt. Angestellter, Solingen	1. 4. 1974
Wilhelm Hämmerich, Lehrer a. D., Soest	25. 3. 1974
Josefine Handloser, ehem. Krankenschwester, Siegburg	7. 3. 1974
Johann Hönscheid, Verwaltungsangestellter i. R., Eitorf	4. 3. 1974
Wilhelm Holle, Prokurist, Lübbecke	4. 4. 1974
Josef Jansen, Verwaltungsangestellter i. R., Kleve	11. 1. 1974
Wilhelm Jungmann, Prokurist i. R., Herford	7. 3. 1974
Wally Klemp, Erzieherin und Leiterin eines Fachseminars beim DRK, Dortmund	24. 6. 1974
Josef Königshofen, Abteilungsleiter, Neuss	10. 5. 1974
Peter-Josef Körfggen, Glasermeister, Rodenkirchen	4. 4. 1974
Paula Kohl, Helferin, Kleve	7. 3. 1974
Peter Kuhlewind, Baukaufmann, Köln-Merkenich	29. 5. 1974
Albert Liehe, Prokurist, Lemgo	22. 4. 1974
Elisabeth Löderbusch, Hausgehilfin, Epe/Westf.	1. 4. 1974
Johann Lorbach, Schmiedemeister, Swisttal-Straßfeld	7. 3. 1974

	Verleihungsdatum
Friedrich Mahlmann, Volksschullehrer a. D., Detmold	4. 3. 1974
Hermann Mark, Schlossermeister, Bochum	22. 4. 1974
Peter Mauel, Abteilungsleiter, Bonn-Bad Godesberg	14. 6. 1974
Gisela Mauritz, Hausfrau, Bad Honnef	1. 4. 1974
Karl Menzel, Prokurist, Bonn-Oberkassel	22. 4. 1974
Maria Mertens, Gemeindeschwester, Bleibuir	4. 3. 1974
Herbert Mey, Geschäftsführer, Bonn	11. 4. 1974
Margarete Miebach, Haushälterin, Overath	11. 4. 1974
Karoline Oberwörder, Kindergartenschwester, Hückelhoven	1. 4. 1974
Maria Passmann, Krankenschwester, Leverkusen	17. 10. 1973
Margarete Pauck, Hausgehilfin, Wesel	1. 4. 1974
Anton Quinkert, Rentner, Lüdenscheid	24. 6. 1974
Josef Raabe, Rentner, Düsseldorf	7. 2. 1974
Herbert Rak, Abteilungsleiter, Köln	4. 4. 1974
Peter Reichard, Kraftfahrzeugmeister, Köln-Bickendorf	10. 5. 1974
Magda Ross, Bürovorsteherin, Rheine	29. 5. 1974
Erich Schmidt, Kriminalobersekretär a. D., Soest	7. 3. 1974
Eberhard Schüttler, Justizamtsinspektor, Dortmund	27. 5. 1974
Walter Strombach, kaufm. Angestellter, Hohenlimburg	22. 4. 1974
Arnold Weber, ehem. Angestellter, Bensberg	1. 4. 1974
Emma Wilpsbäumer – Schwester Marmenia –, Ordensschwester, Datteln	29. 5. 1974
Elisabeth Winckler, Krankenschwester, Leverkusen	4. 4. 1974
Josef Windeck, Kraftfahrer, Köln	10. 5. 1974
Helmut Winter, Tischler, Gelsenkirchen	10. 5. 1974
Barthel Winterscheidt, Rentner, Troisdorf	18. 3. 1974

Justizminister

**Ungültigkeitserklärung
von zwei Dienststempeln
des Amtsgerichts Wipperfürth**

Bek. d. Justizministers v. 5. 9. 1974 –
5413 E – I B. 111 –

Bei dem Amtsgericht Wipperfürth sind die nachstehend
näher bezeichneten Dienststempel mit dem Landeswappen
von Nordrhein-Westfalen in Verlust geraten.

Die Stempel werden hiermit für ungültig erklärt.

Hinweise, die zur Auffindung der Stempel führen können,
sowie Anhaltspunkte für eine unbefugte Benutzung bitte ich
unmittelbar dem aufsichtführenden Richter des Amtsgerichts
Wipperfürth mitzuteilen.

Beschreibung der Dienststempel

Gummistempel
Durchmesser: 35 mm
Umschrift: Amtsgericht Wipperfürth
Kennziffer: 8 bzw. 11

– MBl. NW. 1974 S. 1351.

Hinweis

Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 17 v. 1. 9. 1974

(Einzelpreis dieser Nummer 1,20 DM zuzügl. Portokosten)

	Seite		Seite
Allgemeine Verfügungen		2. StREG §§ 2, 4 I Nr. 2. – Übersteigt die Untersuchungs-	
Einrichtung von Kammern für Handelssachen	193	haft die erkannte Freiheitsstrafe, so können besondere	
Bekanntmachungen	193	Umstände in der Person des Verurteilten, die zu	
Personalnachrichten	198	dem Vollzug der Haft Anlaß gegeben haben, zur Ver-	
Gesetzgebungsübersicht	200	sagung einer Entschädigung nach § 4 I Nr. 2 StREG	203
Rechtsprechung		führen. OLG Hamm vom 3. April 1974 – 4 Ws 59/74 . .	
Strafrecht		3. StVO §§ 3, 41; StVZO § 13a; StGB § 2 II. – Bei im	
1. StPO § 117 I, § 126 II. – Geht im Falle der Berufung des		Funkstoppverfahren festgestellten Geschwindigkeits-	
Angeklagten die Haftkontrolle auf die Strafkammer		überschreitungen müssen die Urteilsgründe zumin-	
über, so ist seine Beschwerde gegen die Haftort-		dest die Länge der Meßstrecke und die von den Poli-	
dauerentscheidung des Amtsgerichts in einen Antrag		zeibeamten gestoppten Werte angeben und weiter	
auf Haftprüfung umzudeuten. OLG Hamm vom 10.		darlegen, daß diese Werte unter Einhaltung der für	
Juni 1974 – 4 Ws 124/74	202	das Funkstoppverfahren geltenden Dienstanweisung	
		des Innenministers von Nordrhein-Westfalen vom 26.	
		2. 1971 zustande gekommen sind. – Eine bereits vor	
		dem 21. 6. 1973 nach den damals geltenden Vorschrif-	
		ten eingetretene Tilgungsreife von Vorbelastungen	
		wird durch die Neufassung des § 13a III StVZO (i. d. F.	
		v. 20. 6. 1973) nicht rückwirkend beseitigt. OLG	
		Hamm vom 18. April 1974 – 5 Ss OWi 216/74	203

– MBl. NW. 1974 S. 1352.

Einzelpreis dieser Nummer 2,20 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt wird, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 20,80 DM, Ausgabe B 22,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.